

Partizipation an der Macht

Zur Motivlage Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
an den Theologischen Fakultäten der DDR

VON

FRIEDEMANN STENGEL

»Kirchengeschichte als Autobiographie«

In der Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte erschien 1999 der erste Band des Sammelwerkes »Kirchengeschichte als Autobiographie« mit dem Untertitel »Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker«. Er enthält die Berichte von drei ostdeutschen und sechs westdeutschen Kirchenhistorikerinnen und -historikern verschiedener Jahrgänge und Fachgebiete¹. Auch der bekannte Leipziger Professor Kurt Meier (*1927) hat darin einen umfangreichen Report seines Wirkens und Schaffens abgegeben². Meier, der als langjähriger und ausgewiesener Experte für Kirchliche Zeitgeschichte, insbesondere für die Geschichte der evangelischen Kirchen im Kirchenkampf des Dritten Reiches³, hervorgetreten ist, verweist hier auch auf die politischen Bedingungen seiner wissenschaftlichen Arbeit in der DDR, die ihm bei dem Zugang zu Akten und bei der Publikationstätigkeit dienlich waren: »Unterschiedliche ressortpolitische Interessenlagen im Strukturgefüge des SED-Staates« hätten dem »publikationspolitischen Kalkül dienstbar gemacht« werden können, »wobei auch die Unterstützung einzelner Partei- und Staatsfunktionäre vor Ort eine konstruktive Rolle spielte«:

¹ D. MEYER (Hg.), Kirchengeschichte als Autobiographie. Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker, [Bd. 1] (SVRKG 138), 1999. Der Band enthält Beiträge von Karl-Hermann Beeck, Gert Haendler, Hans-Walter Krumwiede, Kurt Meier, Rudolf Mohr, Günther van Norden, Joachim Rogge, Anneliese Sprengler-Ruppenthal und Robert Stupperich. Band 2 ist 2002 erschienen.

² K. MEIER, Kirche und Drittes Reich. Zeiterfahrung und Forschungsschwerpunkt (in: aaO 143–228).

³ Vgl. K. MEIER, Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Bd. 1: Der Kampf um die »Reichskirche«, 1976; Bd. 2: Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher »Rechtshilfe«, 1976; Bd. 3: Im Zeichen des Zweiten Weltkrieges, 1984.

»So zeigte sich auch auf dem Publikationssektor, was generell für brisante Forschungsvorhaben wie für die fakultätspolitische Arbeit unter DDR-Verhältnissen überhaupt galt: der Kontakt zu den kultur- und kirchenpolitischen Ressorts des Staates und der Partei blieb unerlässlich. Da das Archivwesen der DDR dem Ministerium des Innern unterstand, galten für die Archivbenutzung entsprechende Kautelen. Der Besuch auswärtiger Archive setzte die Genehmigung von Dienstreisen nach Westdeutschland oder ins »nicht-sozialistische« Ausland voraus. Über die »Reisekader« hatte in letzter Instanz auch das Ministerium für Staatssicherheit zu befinden, dem die Universitäten ein Exemplar der Reiseplanung und Reiseberichterstattung, die obligatorisch war, zuzuleiten hatten. Der Kontakt zu Staats- und Parteistellen war auch für die Besetzungspolitik und Nachwuchsförderung wichtig. Soweit ich sehe, ist die sicherheitspolitische »Abfederung« der Wissenschaftsorganisation im Interesse der Funktionsfähigkeit der Theologischen Fakultäten in der DDR mehr oder weniger üblich gewesen. Für die Ermöglichung der Einreise westdeutscher Wissenschaftler zu Gastvorlesungen waren Direktkontakte zum MfS nützlich. Auch im Bereich des offiziellen Landeskirchentums haben sich – wie inzwischen bekannt – Verbindungen und Gesprächskontakte mit Staats-, Partei- und Sicherheitsorganen als kirchenpolitisch relevant erwiesen.«⁴

Meier fügt an dieser Stelle eine Anmerkung ein und verweist darin auf eine Äußerung Trutz Rendtorffs von 1992. Sie besagt, dass die »enorme Kooperation« zwischen DDR-Kirche und Stasi nicht nur auf »gegenseitige Bereitschaft und Interesse« zurückgegangen sei, sondern wohl außerdem als ein »unter sozialistischen Bedingungen neu aufgelegtes Staatskirchentum« betrachtet werden müsse, als ein »inniges Zusammenarbeiten im Interesse des DDR-Gemeinwohls, bei dem unter der formal geltenden Trennung von Kirche und Staat gerade diese Zusammenarbeit auf dem informellen Weg in vielleicht hohem Maße notwendig war«⁵.

Doch die Vermutung einer Neuauflage des deutschen Staatskirchentums in der DDR ist nach bald zwei Jahrzehnten zeitgeschichtlicher Forschung und in Anbetracht der wenigstens phasenweise von der SED angestrebten Liquidie-

⁴ Vgl. MEIER (s. Anm. 2), 202f.

⁵ T. RENDTORFF (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR. Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien. Vorträge und Diskussionen eines Kolloquiums in München*, 26.–28.3.1992 (AKIZ.B 20), 1993, 242. Rendtorffs Zitat steht im Kontext einer Debatte über die Kontinuitäten des Staat-Kirche-Verhältnisses im Vergleich zwischen dem östlichen und westlichen deutschen Protestantismus. Gleichsam als Beleg für die Zusammenarbeit von Kirche und MfS (auch in seinem eigenem Fall) nennt Meier im Anschluss an das Rendtorff-Zitat kommentarlos: F. STENGEL, *Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71* (AKThG 3), 1998, wo Meiers Kontakte zum MfS und deren Bedeutung sowohl für die Fakultäten als auch für seine Karriere umfangreich dargestellt werden.

rung⁶ der Kirchen in dieser Form als ausgesprochen problematisch anzusehen. Rendtorffs Erwägung wird von Meier wohl deshalb wie eine Tatsache behandelt, weil er sein eigenes Tun und Verhalten damit in einen systemübergreifenden Kontext traditioneller Staat-Kirche-Verhältnisse hinein genommen sehen kann. Er bietet damit aber auch der historischen Forschung ein Deutungsmuster zur Beurteilung der besonderen Partizipation an der Macht an, auf die sich theologische Lehrer oder Amtsträger der Kirche nicht nur gegenüber Mitarbeitern der zuständigen Fachministerien, sondern auch gegenüber Offizieren des Ministeriums für Staatssicherheit eingelassen haben. Der eingangs zitierte Abriss ostdeutscher theologischer Existenz unterstellt, es sei eine Selbstverständlichkeit und kaum zu umgehende Notwendigkeit gewesen, sich im Interesse der institutionellen Aufrechterhaltung der Kirche und der Theologischen Fakultäten kooperierend und inoffiziell mit der Staatsmacht ins Benehmen zu setzen, weil diese Kontakte »nützlich« und »relevant« waren. Dass sich hinter dieser Argumentation die Selbstlegitimation einer individuell ins Werk gesetzten konspirativen Praxis verbirgt, die auf die Partizipation an der Macht im diktatorischen System der DDR abzielte, ist ohne weiteres erkennbar, auch wenn Meier die konspirativen Kontakte in seiner Darstellung nicht näher spezifiziert. Man könnte sie insofern als Privatmeinung eines Einzelnen auf sich beruhen lassen. Aber nun impliziert diese Argumentation ja zugleich ein mit Meiers eigener Forschungstätigkeit wissenschaftlich begründetes Urteil über die Machthaber der DDR und über die, die aus dem Raum der Kirche und der Theologie heraus mit ihnen kollaborierten und konspirierten. Damit wird der Anspruch auf Allgemeingültigkeit jener Selbstlegitimation erhoben. Dieser Anspruch soll kontextualisiert und geprüft werden.

Dies soll in zwei Schritten geschehen. Zunächst wird in der gebotenen Kürze der Kontext skizziert, in den die Anwerbung Inoffizieller Mitarbeiter durch die Staatssicherheit der DDR gehörte. Anschließend wird der Versuch unternommen, die facettenreiche Realität, die sich unter dem Kürzel »IM« verbirgt, mit dem Ansatz zu einer Typologie der Theologen, die »IM« wurden, zu beschreiben. Schließlich wird Kurt Meiers Behauptung zu dechiffrieren sein, für die Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Theologie in der DDR (wie für die Kirche insgesamt) sei die Konspiration mit dem MfS »unerlässlich« und »üblich« gewesen.

⁶ Vgl. M. G. GOERNER, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, 1997, 85f.

Der »Kirchenkampf« als politischer Rahmen

Staatliche Macht in der DDR oder im Hochschulwesen der DDR kann kaum mehrdeutig verstanden werden, sofern darunter die gesellschaftsbeherrschende politische Macht der Partei der »herrschenden Klasse«, der SED, verstanden wird. Das betraf natürlich auch das Staat-Kirche-Verhältnis, in vierzig Jahren Konfliktgeschichte eines der wichtigsten innenpolitischen Problemfelder der SED. Die Machtfrage war hier seit den 1950er Jahren entschieden, und zwar trotz offener Grenzen und – auch dadurch – begrenzter Handlungsmöglichkeiten von Partei und Regierung. Nach den ersten gravierenden Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche auf dem Feld der Jugendarbeit in den Jahren 1952/53⁷ kam es zu den bekannten Massenfluchten und der bis heute in ihrer Wirkung anhaltenden Ausdünnung des – auch kirchentragenden – Bürgertums auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. SED und Freie Deutsche Jugend (FDJ) waren massiv gegen die Junge Gemeinde vorgegangen. Das damals übliche Kugelkreuz geriet in der Propaganda zum Signum einer feindlichen, angeblich von westlichen Geheimdiensten gelenkten Spionageorganisation, die den Aufbau des Sozialismus verhindern und die Partei der Arbeiterklasse stürzen wollte. Eine parteiinterne Linie, die die offene Liquidierung der Kirche mit ihrem ca. 95 %igen Anteil an der ostdeutschen Bevölkerung zum Programm erhoben hatte, setzte sich zunächst durch. Tausende von christlichen Schülern und Studenten, die Mitglieder der Jungen Gemeinde oder der Studentengemeinden beider Konfessionen waren, wurden relegiert bzw. exmatrikuliert. Kirchliche diakonische Einrichtungen wurden geschlossen, Gebäude beschlagnahmt, zahlreiche Personen auch aus dem kirchlichen Leitungsbereich verhaftet, der Devisenhandel, von dem die ostdeutschen Kirchen bis zum Ende der DDR zu einem wesentlichen Teil lebten, wurde vom Staat behindert. Repräsentative Beispiele waren die Inhaftierungen zweier Magdeburger Kirchenleitungsglieder und mehrerer Pfarrer wie des bekannten Halleschen Studentenpfarrers Johannes Hamel (1911–2002)⁸. Aufgrund

⁷ Vgl. ausführlich E. UEBERSCHÄR, *Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961* (KoGe 27), 2003; CH. KOCH, *Die Junge Gemeinde der evangelischen Landeskirchen in Sachsen und Thüringen 1945–1953*. Dargestellt unter der besonderen Berücksichtigung des Konfliktes zwischen Staat und kirchlicher Jugendarbeit, 2000.

⁸ Vgl. M. GRESCHAT/J.-CH. KAISER (Hg.), *Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953* (KoGe 31), 2003; H. WENTKER, »Kirchenkampf« in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953 (VjhZG 42, 1994, 95–127); D. POLLACK, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, 1994, 97–125; GOERNER, *Kirche* (s. Anm. 6), 92–105; G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, 1993, 106–125; A. THULIN,

sowjetischer Intervention⁹ musste die SED ihren offenen kirchenpolitischen Liquidationskurs aufgeben und am 10. Juni 1953 – eine Woche vor dem Volksaufstand, mit dem die Kirchen kaum etwas zu tun hatten – ein Kommuniqué mit führenden Vertretern der ostdeutschen Landeskirchen abschließen¹⁰. Die Schüler und Studenten, die nicht in den Westen geflohen waren, wurden großenteils reimatrikuliert bzw. wieder in die Schulen aufgenommen. Das konfiszierte kirchliche Eigentum wurde zurückgegeben und alle anderen Repressionen, die gegenüber den Kirchen eingeleitet worden waren, vorerst zurückgenommen.

Ein Umschwung in der Kirchenpolitik, der auch die Hochschulen und die Hochschulpolitik nachhaltig betreffen sollte, setzte erst in der zweiten Jahreshälfte 1954 ein. Unmittelbarer Kontext war die Erfahrung des gesamtdeutschen Kirchentages in Leipzig, der von der DDR noch unterstützt worden war und bei dem sich die Kirche als unübersehbare und wirkmächtige gesamtdeutsche Klammer jenseits der Blöcke, aber mit stärker westlicher als östlicher Prägung, präsentierte¹¹. Seitens der SED reifte nun die Erkenntnis, dass mit radikalen und offensiven Mitteln dieser Institution nicht beizukommen war. Andere Wege mussten gefunden werden. Zunächst fällt die Gründung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des Zentralkomitees (ZK) der SED Ende 1954¹² und der Aufbau eigener, speziell mit den Kirchen befasster Abteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit auf allen regionalen Ebenen mit eigenen Offizieren¹³ in die Phase der Nacharbeit des Leipziger Kirchentages. Kirchenpolitik wurde zum Schwerpunktthema der Innenpolitik der DDR. Neues Ziel war nun nicht mehr die gewaltsame, sondern die taktische und längerfristige Untergrabung der kirchlichen Basis, die perspektivische Spaltung der Kirchen durch Installation und Förderung »fortschrittlicher« Pfarrergruppen und der Ost-CDU und vor allem die Abspaltung ihrer wichtigsten Reserve, der Jugend¹⁴. Ende 1954 wurde die Jugendweihe eingeführt – innerhalb nur eines Jahrfünfts gingen die

Durch Verhaftung ... das Handwerk legen. Die Evangelische Studentengemeinde Halle (Saale) 1953 und die Inhaftierung von Studentenpfarrer Johannes Hamel, 2004².

⁹ Vgl. J. HEISE, Der forcierte Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Kirchen (in: GRESCHAT / KAISER [s. Anm. 8], 52–84), 59–61.

¹⁰ Vgl. BESIÉ, Weg (s. Anm. 8), 125–138; GOERNER, Kirche (s. Anm. 6), 111–119.

¹¹ Vgl. D. PALM, »Wir sind doch Brüder!« Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949–1961 (AKIZ.B 36), 2002, 190–215.

¹² Vgl. GOERNER, Kirche (s. Anm. 6), 168–178; DERS., Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED (in: C. VOLLNHALS [Hg.], Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz [Analysen und Dokumente, 7], 1996, 59–78).

¹³ Vgl. GOERNER, Kirche (s. Anm. 6), 199–218; C. VOLLNHALS, Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (in: DERS., Kirchenpolitik [s. Anm. 12], 79–119).

¹⁴ Vgl. GOERNER, Kirche (s. Anm. 6), 280–289; POLLACK (s. Anm. 8), 129f.

Zahlen der Konfirmationen rapide zurück und bald nahmen etwa 80 % der Jugendlichen an der Jugendweihe teil. Noch heute lassen sich nur 14–18 % der Jugendlichen in den neuen Bundesländern konfirmieren. Breitflächig sollten Inoffizielle Mitarbeiter (IM) für das MfS in den Kirchen angeworben werden, um Einblicks- und Einflussmöglichkeiten in und auf das innere Geschehen zu erhalten. Die ersten IM wurden bereits am Rande des Kirchentages gewonnen. Die Quote von ursprünglich etwa 95 % Kirchenmitgliedern in der DDR-Bevölkerung lag am Ende der DDR bei etwa 29 % – ein europaweit einmaliger Prozess, abgesehen etwa von dem terroristischen Regime in Albanien¹⁵.

Die Machtfrage war spätestens mit dem Konflikt um die Jugendweihe geklärt. Den Kirchenleitungen und Synoden, die offensichtlich aus den Erfahrungen des Kirchenkampfes Konsequenzen gezogen hatten, zumindest auf der Ebene des Bekenntnisses nicht kompromissbereit waren und deswegen einen unnachgiebigen Kurs einschlugen, lief einfach das Kirchenvolk weg. Schüler, die an der Jugendweihe teilgenommen hatten, wurden nämlich zunächst mehrere Jahre nicht zur Konfirmation zugelassen, in der Hoffnung, die Jugendweihe als Angriff auf die Volkskirche abwehren zu können. Der Staat verweigerte umgekehrt die Zulassung zu Oberschulen und Universitäten und übte auf diese Weise massiven Druck auf Eltern und Schüler, auf deren Lebensläufe und Karrieren aus. Während die Kinder der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter Bildungsprivilegien vorerst behielten, wurden die Kinder der kirchlichen Laien von weiterführenden Bildungswegen ausgeschlossen, wenn sie nicht an der Jugendweihe teilnahmen oder nicht in die FDJ eintraten. Auf diese Weise wurde zusätzlich ein Spalt zwischen Kirchenvolk und Pfarrerschaft getrieben. Die nur etwa fünfjährige Dauer dieser kompromisslosen Polarisierung in der Frage der Jugendweihe reichte aus, um die Kirchlichkeit der Jugend in der genannten Weise zu reduzieren. Um 1960 rückten die Kirchen – beginnend in Thüringen und Anhalt¹⁶ – von ihrem Kurs ab und konfirmierten nun auch Teilnehmer der Jugendweihe. Damit war der »Kirchenkampf« der 1950er Jahre und mit ihm die »Machtfrage« entschieden. Seitens volksgemeinnützlich orientierter Theologen und angesichts der mancherorts katastrophalen kirchlichen Zustände wird in den östlichen Landeskirchen noch

¹⁵ Vgl. POLLACK (s. Anm. 8), 374; E. NEUBERT, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche – Bilanz 1990 (in: H. DÄHN [Hg.], Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz [Geschichte und Staat, 291], 1993, 69–95), 36. Anzumerken ist der weitere Rückgang der Kirchenmitgliedschaft nach 1990. Auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts lag die Quote 2004 beispielsweise bei etwa 17 %.

¹⁶ Vgl. G. BESIER, Aus der Resistenz in die Kooperation. Der »Thüringer Weg« zur »Kirche im Sozialismus« (in: G. HEYDEMANN/L. KETTENACKER [Hg.], Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, 1993, 182–212), 191–193; POLLACK (s. Anm. 8), 154f.

heute zuweilen diskutiert, ob die bekenntnisorientierte, auch aus der Tradition der Bekennenden Kirche¹⁷ kommende Ausschlussentscheidung in der Jugendweihefrage richtig gewesen sei oder ob nicht von vornherein ein nachsichtigerer Kurs gegenüber den Gemeindegliedern und ein mehr auf Kompromiss orientierter Ton gegenüber dem atheistischen Weltanschauungsstaat DDR angebracht gewesen wäre¹⁸.

Für die Kirchen und für die Theologen im Hochschulbereich konnte es nach diesem ungleichen Ringen um die Jugend nur noch darum gehen, *wie* sie in diesem Staat existieren würden und ob sie in der Lage wären, das Überleben der Volkskirche zu sichern. Würde sie sich weiterhin als dem SED-Staat gegenüber liegender, im System nur überwinternder Block begreifen oder würde es ihr praktisch und ethisch möglich sein, an seiner Macht zu partizipieren? Nach Kurt Meiers Lesart war es unumgänglich, auf allen politischen und auch sicherheitsdienstlichen Kanälen zu kollaborieren, um diese Partizipation zu realisieren. Partizipationen an der Macht in einem diktatorischen System wie der DDR, sei es um der Begründung willen, die Existenz von Kirche und (akademischer) Theologie sichern zu wollen, bergen die Möglichkeit in sich, das gemeinsame System des Handlungsrahmens zu stabilisieren. Die dadurch übernommene Verantwortung impliziert und ermöglicht zugleich Schuldfähigkeit¹⁹.

Für die SED stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, wie sie die gesamt- oder gar westdeutsch orientierte Kirche politisch neutralisieren und darüber hinaus außen- und deutschlandpolitisch für ihre Ziele instrumentalisieren konnte²⁰. Da dies mit den getesteten radikalen Mitteln nach 1953 nicht mehr möglich war, schliff sich nach und nach ein raffiniertes, manchmal anscheinend nur schwer durchschaubares System aus spürbaren Belohnungen für Wohlverhalten und oft Bestrafungen für Fehl- oder mangelhaftes Wohlverhalten der einzelnen Bürger ein. Dies führte zu einer ständigen Erprobung der ethischen Grundeinstellungen der Bürger und schuf sensible Entscheidungssituationen für diejenigen, die sich, ohne an der Macht beteiligt zu sein, einer

¹⁷ Zu den Analogien der »ekklesio-bellizistischen Gedächtnisse« 1933–1945 und 1952/53 vgl. E. UEBERSCHÄR, Ein neuer »Kirchenkampf«? Kirchliche Deutungen im Vorfeld des 17. Juni (in: GRESCHAT / KAISER [s. Anm. 8], 109–128).

¹⁸ Vgl. jetzt die Erinnerungen des Magdeburger Altbischofs: W. KRUSCHE, Ich werde nie mehr Geige spielen können. Erinnerungen, 2007, 186–194.

¹⁹ Vgl. M. BEINTKER, Die Schuldfrage im Erfahrungsfeld des gesellschaftlichen Umbruchs im östlichen Deutschland. Annäherungen (KZG 4, 1991, 445–461); G. SAUTER, Verhängnis der Theologie? Schuld wahrnehmung und Geschichtsanschauungen im deutschen Protestantismus unseres Jahrhunderts (KZG 4, 1991, 475–492).

²⁰ Zur Entwicklung und zu den Facetten der Kirchenpolitik der SED im Allgemeinen vgl. vor allem GOERNER, Kirche (s. Anm. 6); zur Entwicklung der speziellen Politik gegenüber den Theologischen Fakultäten vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5).

sicheren Existenz und wenigstens eines gewissen Maßes an Karriere sicher sein wollten²¹.

Je stärker die DDR-Eliten für das Vertreten des DDR-Sozialismus in Anspruch genommen wurden, desto relevanter wurde die Frage, wie sie sich mit der Macht des sozialistischen Staates arrangierten. Die Theologischen Fakultäten waren davon nicht ausgenommen, auch wenn sie eine Randrolle an den Universitäten spielten. Allerdings boten sie für Theologen die einzige Möglichkeit einer akademischen Karriere mit annehmbaren Verdienstmöglichkeiten²². Für jeden, der an einer staatlichen Hochschule lehrte, war jedoch klar, dass sich hier andere Konflikte ereigneten als in den Kirchlichen Hochschulen und dass hier Kompromisse mit der Macht geschlossen werden mussten, die die ethische Integrität eines Theologen betrafen. Das gilt beileibe nicht nur für diejenigen, die dem besonders in den Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen sehr breiten Werben des MfS erlagen. Sowohl in Leitungsfunktionen wie einfach im Lehrbetrieb waren den theologischen Lehrern häufig Entscheidungen zugemutet, die an die Grenzen eines ethisch vertretbaren Handelns rührten. Die Mitarbeit beim MfS aber, die *per se* das Verbergen des eigenen Tuns vor anderen und in vielen Fällen die konspirative Information über andere einschloss, ist von allen Kirchen in der DDR und von den meisten Theologen an den Universitäten der ehemaligen DDR eindeutig als Überschreitung dieser Grenzen angesehen worden²³. Nachdem heute im Übermaß bekannt ist, welche Folgen diese Mitarbeit hatte und was sie bedeutete, gehört es zu den Aufgaben kirchlich-zeitgeschichtlicher Forschung, darüber aufzuklären.

²¹ Vgl. exemplarisch zu entsprechenden Versuchen von Thüringer Staatsfunktionären, kirchliche Mitarbeiter politisch zu beeinflussen: D. REMY, Sekt, Pralinen und echte Schildkrötensuppe. Die Versuche der DDR-Staatsorgane, der Kirchenleitung die Fortsetzung des »Thüringer Weges« schmackhaft zu machen (in: TH. A. SEIDEL [Hg.], Gottlose Jahre? Rückblicke auf die Kirche im Sozialismus der DDR [HerChr Sonderband 7], 2002, 69–83).

²² Ein Universitätsprofessor verdiente immerhin vier- bis viereinhalbmals soviel wie ein Pfarrer oder ein Dozent an einer Kirchlichen Hochschule, nämlich die für DDR-Verhältnisse ungewöhnlich hohe Summe von 3200,- bis 3600,- DDR-Mark monatlich.

²³ Vgl. etwa W. WEISPFENNING, Aufarbeitung von Stasi-Verstrickungen. Der Umgang mit MfS-Belastungen kirchlicher Mitarbeiter in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. Ein Bericht im Auftrag des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (Epd.D Nr. 40, 27.9.2006), 47: »Eine Zusammenarbeit von kirchlichen Vertretern mit dem MfS bedeutete objektiv die Unterstützung der Partei und der von ihr abhängigen Regierung, deren Ziel es war, Kirche als eigenständige, von der Partei unabhängige Größe auszuschalten. Dies war für jeden kirchlichen Mitarbeiter erkennbar.« Dennoch hätten die klaren Anweisungen von Bischof und Landeskirchenrat »Grenzüberschreitungen von zu vielen Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern nicht verhindert« (aaO 8).

Typen inoffizieller Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit

Der folgende Versuch einer Typologie der sicherheitsdienstlichen konspirativen Tätigkeit von Universitätstheologen²⁴ erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es geht auch nicht um neue »Enthüllungen«; alle namentlich genannten Fälle sind bereits vor Jahren mehr oder weniger ausführlich dargestellt und veröffentlicht worden²⁵. Vielmehr ist beabsichtigt, das Feld der oftmals nur schwer verstehbaren und häufig ausgeklammerten oder umgekehrt monolithisch oder einseitig beurteilten inoffiziellen Tätigkeit für die Geheimpolizei der DDR differenzierter darzustellen, Handlungsmotive und deren Folgen herauszuarbeiten und dabei die Situationen zu berücksichtigen, in denen inoffizielle Mitarbeit begann und stattfand. In Verantwortung nicht nur gegenüber dem Datenschutz²⁶, sondern auch gegenüber schutzwürdigen intimen Interessen Betroffener werden in einigen bisher nicht publizierten Fällen teilweise die Namen anonymisiert.

Die Typologie bezieht sich auf die nachweisbare, dokumentierte Zusammenarbeit mit dem MfS²⁷, zu dessen innenpolitischen Hauptaufgaben die Überwachung der Kirchen und des politischen Untergrundes gehörten²⁸. Während in den Landeskirchen der DDR lediglich wenige Prozent der Mitarbeiter-

²⁴ Für den Bereich der kirchlichen Mitarbeiter liegt eine Untersuchung über die strukturell begünstigenden Bedingungen und die Motivation zur inoffiziellen Mitarbeit für das MfS vor: G. PLANER-FRIEDRICH, *Trojanische Pferde. Wie sich die Stasi in die evangelischen Kirchen der DDR einschlich* (in: SEIDEL [s. Anm. 21], 47–56).

²⁵ Vgl. vor allem STENDEL, *Fakultäten* (s. Anm. 5); sowie bereits D. LINKE, *Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten* (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, 3), 1994.

²⁶ Zur Debatte um die Nutzung der MfS-Akten für die zeitgeschichtliche Forschung sowie zu den Diskussionen um die Novellierung des Stasiunterlagengesetzes 2002 vgl. T. HOLLITZER (Hg.), *Wie weiter mit der Aufarbeitung? 10 Jahre Stasi-Unterlagengesetz. Bilanz und Ausblick*, 2002.

²⁷ Andere Möglichkeiten politischen Verhaltens von Universitätstheologen in der DDR habe ich dargestellt in F. STENDEL, *Zur Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR 1980–1990* (in: K. NOWAK/L. SIEGELE-WENSCHKEWITZ [Hg.], *Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft [1989–1999]*, 2000, 32–78).

²⁸ Die für diesen Bereich zuständige Hauptabteilung XX des MfS verfügte 1970 über 218 und 1982 über 400 Mitarbeiter, das kirchenpolitische Referat XX/4 besaß 1983 32 Mitarbeiter auf Zentralebene. Dazu kamen am Ende der DDR noch 120 Hauptamtliche auf Bezirksebene. Vollnhals nimmt für 1988/89 eine Gesamtzahl von mindestens 800 Inoffiziellen Mitarbeitern der Hauptabteilung XX/4 und der 15 Bezirksverwaltungen des MfS an, wobei nicht die IM der MfS-Dienststellen auf Kreisebene berücksichtigt sind. Vgl. VOLLNHALS, *Abteilung* (s. Anm. 13), 93f. 106.

schaft als IM tätig waren²⁹ – der Anteil stieg in manchen Landeskirchen parallel mit der kirchlichen Laufbahn³⁰ –, gab es in der Gesamtzeit der DDR unter 149 Professoren und Dozenten aus dem Raum der Theologischen Fakultäten immerhin 29 mehr oder minder engagierte IM, also etwa ein Fünftel³¹. Außerdem sollten die Theologischen Fakultäten als Anwerbungsstätten von Inoffiziellen Mitarbeitern in der künftigen Pfarrerschaft dienen, um die Kirchen langfristig mit einem konspirativen Netz zu überziehen. Die Anwerbung von Pfarrern, die durch das Pfarrerdienstgesetz zur innerkirchlichen und seelsorgerlichen Verschwiegenheit verpflichtet waren³², schien schwieriger als die Rekrutierung von Studenten. Dennoch ist dieses Ziel nur punktuell erreicht worden; Hauptgrund war vermutlich, dass die Konspiration in der Studentenschaft vor allem in den Wohnheimen und Konvikten nur schlecht gewährleistet war. Der Anteil der Inoffiziellen Mitarbeiter in der Theologiestudentenschaft dürfte sich insgesamt auf weniger als 3 % belaufen haben³³.

²⁹ Eine Aufstellung der Verfahren bis Dezember 1996 in den einzelnen Landeskirchen ist enthalten in: L. GROSSE/H. SCHULTZE/F. WINTER (Hg.), Überprüfungen auf Stasikontakte in den östlichen Gliedkirchen der EKD. Dokumentation und Kommentar (ZdZ 51, 1997, Beih. 1), 18f; Angaben zur Berlin-Brandenburgischen Kirche bei: U. SCHRÖTER, Die »Bearbeitung« der Landeskirche Berlin-Brandenburg durch das MfS (in: VOLLNHALS, Kirchenpolitik [s. Anm. 12], 201–210); zur Thüringer Kirche bei: WEISPFENNING (s. Anm. 23).

³⁰ Vgl. PLANER-FRIEDRICH (s. Anm. 24), 51f und den instruktiven Beitrag von W. SCHILLING, Die »Bearbeitung« der Landeskirche Thüringen durch das MfS (in: VOLLNHALS, Kirchenpolitik [s. Anm. 12], 211–266). In den 1970er und 1980er Jahren war die Mehrheit der Thüringer Oberkirchenräte und eine große Zahl von Superintendenten für das MfS tätig, was einen MfS-Offizier zu dem Ausspruch brachte: »Die Mehrheit im LKR haben wir!« 1977 etwa waren der Bischof sowie je drei juristische und drei theologische Oberkirchenräte gleichzeitig IM (vgl. aaO 226–228).

³¹ Diese Zahlen sind Ergebnis der eigenen Forschungsarbeit des Autors im Zusammenhang von STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5). Gemäß Stasiunterlagengesetz wurden die für die Forschung freigegebenen und vorhandenen Akten sämtlicher Inoffiziellen Mitarbeiter im Bereich der Theologischen Fakultäten eingesehen. Sie liegen den folgenden Ausführungen zugrunde.

³² Vgl. GROSSE/SCHULTZE/WINTER (s. Anm. 29), 5f. Es sind sogar Fälle nachweisbar, in denen Hochschultheologen um die Entbindung von ihrer inoffiziellen Mitarbeit mit Hinweis auf die bevorstehende oder schon geschehene Ordination baten. Der schon seinerzeit jahrelang besonders aktive IM »Hagen Trinks« (Dittmar Rostig/Leipzig, *1948) bat beispielsweise 1985 um Entpflichtung von seiner konspirativen Tätigkeit, die für ihn wegen seines bevorstehenden Vikariats »Vertrauensbruch« bedeuten müsse; vgl. Bericht Hauptmann Mielcareks, 21.2.85 (BStU [Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen], ASt [Außenstelle] Leipzig, AIM 759/89, P2, 16–20). Das MfS hielt allerdings noch bis 1988 Kontakt zu ihm.

³³ Es liegen nur Stichproben für einzelne Jahre und Eigenberichte des MfS vor (etwa Leipzig 1961/62: zwei IM auf mehr als 150 Studenten, Rostock 1987: zwei IM bei ca. 60 Studenten, Halle 1981: zwei IM bei ca. 90 Studenten. Vgl. STENGEL, Fakultäten

Dass die Theologischen Fakultäten so stark im Blickfeld des MfS lagen, hatte seinen Grund in ihrer Sonderstellung an den Universitäten, wo sie in Verbindung mit den Studentengemeinden und den Resten der bürgerlich-christlichen Hochschullehrerschaft lange Zeit als feindliche Zentren galten³⁴, und in ihren Auslandskontakten, die gefördert wurden, um international religiöse Toleranz zu suggerieren³⁵. Wenn danach gefragt wird, aus welchen Gründen sich Hochschullehrer und Mitarbeiter aus dem Raum der Theologie heraus zur Zusammenarbeit mit dem MfS bewegen ließen, sind folgende Muster dieser Zusammenarbeit erkennbar:

1. *Der Delegierte*. Dieser sehr seltene IM-Typ lässt sich nur in der Studentenschaft finden. Da die Staatssicherheit hier nämlich nach eigener Ansicht inoffiziell ganz unzureichend verankert war und über nur ungenügende Einblicks- und Einflussmöglichkeiten verfügte, delegierte das MfS sehr selten³⁶ eigene Kader zum Studium, die natürlich unerkannt und – nach dem stasi-internen Sprachgebrauch: legendiert – Theologie studierten. Herausragender, womöglich aber nicht einzigartiger Fall ist eine Rostocker Studentin, die mit 18 Jahren vom MfS gleichsam zum Theologiestudium abgeordnet wurde, sich im Auftrag des MfS taufen ließ, den Auftrag hatte, in Leitungsgremien der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) und der kirchlichen Opposition zu gelangen, womit sie auch erfolgreich war, und nach Wunsch ihrer Offiziere einmal ein kirchliches oder akademisches Leitungsamt bekleiden sollte. Immerhin legte sie ihr Examen mit dem Prädikat »sehr gut« ab. Noch bis zum Oktober 1989 berichtete sie dem MfS als Vikarin in Greifswald umfassend. Inwieweit ihre langjährige innerkirchliche Arbeit missionarisch auf sie zurückwirkte und wie sie den psychischen Spagat verkraftete zwischen der Achtung, die sie nicht nur in kirchlichen Oppositions- und in Studentenkreisen genoss, und der nachweis-

(s. Anm. 5), 589; STENGEL, Rolle (s. Anm. 27), 53f. Demgegenüber fällt die große Zahl von IM unter Studenten anderer Bereiche, etwa der Medizinischen Fakultät, auf, die sich bei der Durchsicht der zwischen dem 20. und 28. Juli 1992 in der Halleschen Lokalausgabe der »Bild«-Zeitung veröffentlichten, mehr als 4.000 Namen umfassenden Liste der in den achtziger Jahren in Halle tätigen IM ergibt.

³⁴ Vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 66–71. 238–294.

³⁵ Gelegentlich trat der Staat dem »Unmut« nichttheologischer Universitätsangehöriger über die starke »Reisetätigkeit« der Theologen auch in das östliche und westliche Ausland mit dem Hinweis auf das »kirchenpolitische Interesse« an der Einbeziehung der Sektionen Theologie in die ökumenische Arbeit der DDR-Kirchen entgegen; vgl. Bericht Horst Dohles vom Staatssekretariat für Kirchenfragen über eine Dienstreise nach Halle, 23.4.85 (Bundesarchiv, DO-4, 1394); STENGEL, Rolle (s. Anm. 27), 40.

³⁶ Nur der im Folgenden beschriebene Fall ist aktenmäßig nachweisbar. Die Akten anderer, vermutlich ähnlich gelagerter IM sind gezielt vernichtet oder noch nicht erschlossen worden.

bar peniblen Ausführung ihres konspirativen Auftrags, ist aus den Akten nur gelegentlich ablesbar³⁷. Unter dem ethischen Gesichtspunkt besaß der Typ des Delegierten immerhin ein klares sozialistisch-»tschekistisches« Weltbild, dem seine persönlichen Belange untergeordnet waren. Ob dieser Tschekismus rein auf ideologische Motive zurückzuführen war oder nicht auch im Laufe der Zeit ein gewisses Maß an psychopathologischem Verhalten mit sich brachte, sei dahingestellt³⁸. »Ideologische Schwächen« des Inoffiziellen Mitarbeiters, so der interne Sprachgebrauch des MfS, wurden gewöhnlich von den Offizieren akribisch notiert und aufmerksam verfolgt, um seine Zuverlässigkeit abzusichern.

2. *Der Karrierist*. Er war auch im theologisch-kirchlichen Bereich recht häufig vorhanden. Der Leipziger Neutestamentler Christoph Haufe (1925–1992) gehörte zu einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Studenten und Aspiranten, die in den 1960er Jahren allesamt politische und akademische Ämter bekleideten. Sie hatten sich im Gefolge des Religiösen Sozialisten und Protagonisten des SED-Staates Emil Fuchs (1874–1971) seit den frühen fünfziger Jahren gegen die eher resistente Leipziger Theologische Fakultät gestellt³⁹. In vertraulichen Kontakten zunächst nur zu den Kirchenpolitikern im ZK der SED, mit denen zum Teil Duzfreundschaften bestanden⁴⁰, war Haufe maßgeblich an der Konzipierung einer planmäßigen politischen Strategie im Umgang mit Kirchen und Theologischen Fakultäten beteiligt. Daneben wirkte er als geheimer Zensor für theo-

³⁷ Gemeint ist Ines Fleckstein, geb. Wiersbitzky (*1963) alias IMB (Inoffizieller Mitarbeiter Beobachtung) »Gisela« und später IMB »Jörg Sander« (BStU, ASt Rostock, AIM 4164/90). Zu einer Übersicht über »Giselas«/»Jörg Sanders« Beziehungen und Rolle bei der Beobachtung oppositioneller Friedenskreise in Mecklenburg und der gesamten DDR vgl. z. B. die »Einschätzung« Oberstleutnant Klawuns und Major Fiedlers vom 2.12.88 (aaO I, Bl. 238–246). »Giselas« »Taufbericht« findet sich aaO Bl. 124f. Die IM erhielt zu diesem Zeitpunkt bereits 500,- DDR-Mark monatlich, also mehr als ein Vikar oder ein berufseinsteigender Pfarrer. Vgl. auch E.-R. KIESOW, Die IMB »Gisela« oder »Jörg Sander« (in: DERS. [Hg.], Theologen in der sozialistischen Universität. Persönliche Erinnerungen und Dokumente 1965–1991, 2000, 109–115). Ein weiterer, nach einigen Aktenbruchstücken ähnlich zu beurteilender Fall ist aus Halle bekannt (Jonas Friedrich, *1959, alias IMB »Wieland«/»Jacobus Fuchs« [BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. XIII 822/77]; Berichte in einzelnen Operativen Vorgängen [z. B. OV Allianz, BStU, ASt Halle, AOP 3125/89] und Sachakten [BStU, ZA, MfS HA XX/4, 1598, Bl. 1–6]).

³⁸ Natürlich bleibt zu fragen, ob christliche Theologie durch die dauerhafte Konfrontation nicht auch bei dem Typ des Delegierten Spuren hinterließ. Allerdings weckt der Bericht, den die Rostockerin »Gisela« ihrem Führungsoffizier Hauptmann Stolt über ihren Werdegang zwischen MfS und Kirche am 16. Oktober 1984 auf Tonband sprach, eher nicht den Eindruck einer zweifelnden oder suchenden, sondern einer ihres Partiauftrags sicheren Mitarbeiterin; vgl. BStU, ASt Rostock, AIM 4164/90, 122–126.

³⁹ Vgl. ausführlich STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 44f. 99–139.

⁴⁰ Mit den leitenden Mitarbeitern der AG Kirchenfragen Willi Barth (1899–1988) und Hans Weise (*1917); vgl. aaO 713.

logische und kirchliche Literatur⁴¹. Als der Leipziger Studentenfarrer Siegfried Schmutzler (1915–2003) 1957 in einem Aufsehen erregenden Schauprozess zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde⁴², verpflichtete sich Haufe im Zuge der Voruntersuchungen zur Mitarbeit unter dem Decknamen »Blume«⁴³. Kurze Zeit später wurde er – obwohl nicht habilitiert und von der Fakultät aus persönlichen, fachlichen und theologischen Gründen ausdrücklich nicht gewünscht – gegen ihren Willen als Dozent eingesetzt. Als er sieben Jahre später, ohne in der Zwischenzeit eine Habilitationsschrift vorgelegt zu haben, den Lehrstuhl erhielt⁴⁴, hatte er seine Tätigkeit für das MfS wie auch seine sonstige politische Arbeit so stark eingeschränkt, dass seine Führungsoffiziere unter einem Vorwand die Zusammenarbeit beendeten⁴⁵. Haufe hatte die höchste Stufe der Karriereleiter erreicht. Allerdings war der Leipziger Fakultät ein wirkungsvoller Schaden durch die Besetzung dieses zentralen theologischen Lehrstuhls in der Nachfolge Johannes Leipoldts (1880–1965) entstanden.

Ein zweites Beispiel aus dem kirchlichen Bereich ist das des Rektors des Theologischen Seminars Leipzig, der Kirchlichen Hochschule, die ohne offizielle staatliche Genehmigung als politische Alternative zu den Fakultäten bestand, Siegfried Krügel (1915–2000). Er arbeitete seit 1962 für das MfS in einem Umfang und in einer Qualität, die für den kirchlichen Bereich insgesamt als außergewöhnlich anzusehen sind. Bis in den intimen Bereich spionierte er Studenten aus, trug strafrelevante Daten zusammen, nannte Nichtwähler und Studenten, die eine Flucht aus der DDR planten⁴⁶, und gab Informationen, die 1968 zu Verhaftungen führten, als Studenten gegen die Sprengung der Leipziger

⁴¹ Vgl. S. BRÄUER/C. VOLLNHALS (Hg.), »In der DDR gibt es keine Zensur«. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989, 1995, 75–78. 134–143. 147–150 u. ö.

⁴² Vgl. STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 238–259.

⁴³ Vgl. aaO 143; BStU, ASt Leipzig, AIM 737/65, P, Bl. 23f.

⁴⁴ STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 158–177, 361–378 u. ö.

⁴⁵ Vgl. BStU, ASt Leipzig, AIM 737/65, P, Bl. 256f. 273f. Der Vorwand war die Tatsache, dass Haufes IM-Tätigkeit in Leipziger Kreisen der Ost-CDU bereits bekannt war und dort vermutet wurde. Die Treffs mit dem MfS fanden ab Anfang der sechziger Jahre regelmäßig zusammen mit dem GI (Geheimer Informant) »Werner« (Kurt Meier) statt, in dessen Akte sich auch die entsprechenden Dokumente befinden; vgl. BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92.

⁴⁶ »Lorac« berichtete über einzelne Studenten (Hörer von Westradio u. a.; vgl. Treffbericht vom 3.12.62 [BStU, ASt Leipzig, AIM 2/92, A1, Bl. 68–74]), händigte dem MfS Studentenakten aus und gab politisch belastende Informationen über einen Studenten, die zu Ermittlungen führten (vgl. aaO A4, Bl. 56), oder über eine geplante »Republikflucht«, die kurze Zeit später mit einem Jahr Haft bestraft wurde (vgl. aaO A5, Bl. 151–155. 176f; im Folgenden weitere Informationen über geplante »R-Fluchten« und Verurteilungen [Bl. 268]).

Universitätskirche demonstrierten⁴⁷. Schließlich forderte er – sich im Raum der Kirche benachteiligt fühlend – vom MfS eine Dozentur an einer Universität. 1970 wurde er gegen den ausdrücklichen Willen der Fakultät in Halle eingesetzt, um ein paar Jahre später – vier Jahre vor seiner Emeritierung – eine Professur in Leipzig zu erhalten, für die eine Planstelle erst geschaffen werden musste. Er hatte zwischenzeitlich, weil seine Leipziger Führungsoffiziere offensichtlich nicht über ausreichend Einfluss verfügten, mehrere Eingaben an den Minister für Staatssicherheit Erich Mielke (1907–2000) persönlich geschrieben und mit dem Ende seiner IM-Tätigkeit gedroht, falls ihm die Professur nicht verliehen werde. Auf sein Drängen hin wurden Angehörige in die Erweiterte Oberschule (EOS) aufgenommen, erhielten Arbeitsstellen und Kuren⁴⁸. Zu notieren ist die auch für die folgenden Typen relevante Beobachtung, dass mit der Konspiration eine soziale Isolation und das Fehlen einer funktionierenden Kommunikation verbunden war oder ihr vorausging.

3. *Der überzeugte Parteigänger.* Ebenfalls Isolierung, aber auch ein ideologisches Sendungsbewusstsein spielten hier offenbar die entscheidende Rolle. Bekannt ist der Fall des (Ost-) Berliner Systemikers Hanfried Müller (1925–2009). Durch Theologen des bruderschaftlichen »linken« Flügels der Bekennenden Kirche wie Hans-Joachim Iwand (1899–1960) geprägt, kam er 1952 zusammen mit seiner Frau, der späteren Kirchenhistorikerin Rosemarie Müller-Streisand (*1923), aus Göttingen in die DDR, weil ihm dort politische Probleme wegen seiner Mitgliedschaft in der FDJ erwachsen waren⁴⁹. An der Berliner Fakultät blieb er Außenseiter und trat in singulärer Weise für die SED und gegen die Kirche selbst auf. Sein Ziel war die Demontage jeglicher kirchlichen und mit politischer Macht ausgestatteten Institutionen. Kirche sollte sich auf die – unpolitische – Predigt beschränken. Müller verfügte jahrzehntelang über politischen Einfluss im ZK der SED, wo er mit seinen Forderungen bei manchen Funktionären sogar als linker »Sektierer« beleumdet war⁵⁰. Schon 1959 war er zusammen mit seiner Frau wie schon Christoph Haufe gegen den Willen der Fakultät und ohne Habilitation zum Dozenten ernannt worden, wenige Jahre später zum Professor. Kurz nach seiner Übersiedlung in die DDR begann er seine umfassende beratende inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS, die allerdings auf Grund seiner politischen Haltung schon den Zeitgenossen so nahe zu liegen schien, dass er bei Be-

⁴⁷ Vgl. Notiz Oberleutnant Kunths über einen Anruf von »Lorac«, 22.5.68 (BStU, ASt Leipzig, AIM 2/92, A5, Bl. 350, 381); Einzelinformation des MfS, 28.5.68 (BStU, ZAIG 1503, Bl. 4).

⁴⁸ Vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 629–633.

⁴⁹ Vgl. LINKE (s. Anm. 25), 41.

⁵⁰ Vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 379–398.

suchsreisen mehrmals aus der Bundesrepublik ausgewiesen wurde⁵¹. In seiner Zusammenarbeit mit dem MfS denunzierte er nur selten und seine Informationen verletzten den Intimbereich Dritter im Vergleich mit anderen Inoffiziellen Mitarbeitern kaum. Er entwarf Vorschläge und Pläne, auch gegen Personen gerichtet, die wegen der Übereinstimmung mit seinem auch öffentlichen kirchenpolitischen Kalkül kaum überraschen. Noch Mitte der 1980er Jahre brachte er kirchliche Basis-Gruppen mit Neonazis in Verbindung⁵² und auch nach dem Ende der DDR trat er öffentlich und publizistisch im Sinne und für die Kommunistische Plattform innerhalb der PDS auf⁵³.

Etwas anders ist der Fall Gert Wendelborn (*1935) in Rostock gelagert. Schon als Student war er wegen seiner Parteilichkeit für die DDR eine Ausnahme an der Fakultät. Nicht nur in dem Kirchenhistoriker Erhard Peschke (1907–1996) hatte er seinen Förderer, sondern auch im MfS, dem er mit schriftlicher Verpflichtung als »Heinz Graf« seit 1959 inoffiziell zuarbeitete⁵⁴. Diese Kooperation ist ein Konglomerat aus parteilicher Motivation und den persönlichen Bereich tangierenden Informationen. So finden sich in der voluminösen, nur bruchstückhaft vorhandenen Akte umfangreiche, auf Tonband gesprochene psychologische und in ihrer Wertung teilweise äußerst persönliche Dossiers über alle Mitglieder des Rostocker Lehrkörpers und zahlreiche Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und Studenten⁵⁵. Da Wendelborn als Abgeordneter der Ost-CDU Mitglied des DDR-»Parlaments«, der Volkskammer, war und wie Müller und Haufe gegen seine Heimatfakultät akademische Karriere machte,

⁵¹ Vgl. Treffbericht Ludwigs und Sgrajas, 23.8.1962 (BStU, ZA, MfS 24851/91, Bd. 1, Bl. 77f); Berichte über die Ausweisung Müllers aus der BRD im »Neuen Deutschland« vom 20.10.1966 (»Bonner Polizeigewalt gegen DDR-Bürger«), vom 21.10.1966 (»Terror gegen DDR-Bürger«), Bericht im epd.B vom 24.5.1962 (aaO Bl. 80–83. 92); Protestschreiben Müllers an die Menschenrechtskommission der UNO vom 2.3.1963 (aaO Bl. 94–96); Information über die Ausweisung von Müller vom 21.10.1966 (aaO Bl. 116–118).

⁵² Die oppositionelle Ostberliner Initiative für Frieden und Menschenrechte verglich Müller in den »Weißenseer Blättern« mit den ungarischen Pfeilkreuzlern (vgl. aaO Bd. 3, Bl. 132) und gebrauchte solche Vergleiche kirchlicher Protestgruppen mit faschistischen Strömungen auch Studenten gegenüber.

⁵³ Vgl. etwa die von ihm herausgegebenen »Weißenseer Blätter«. Während der »Wende« rief Müller den Genossen von der SED zu: »Keine Reue! Keine Buße! Keine Schuldbekennnisse! All das heißt hier und heute nur allzu leicht an der Stelle zu kapitulieren, wo es nur auf eines ankommt: Widerstand!« Vgl. Offener Brief an meine Freunde in der SED (Weißenseer Blätter [8], 1989, H. 5, 25).

⁵⁴ Vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 324. 611f; G. HAENDLER, Rostocker Anmerkungen zu einem Buch über die Theologischen Fakultäten im Osten Deutschlands 1945–1970/71 (in: Mecklenburgia Sacra. Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte 4, 2001, 75f); DERS., Der IM »Heinz Graf« (in: KIESOW, Theologen [s. Anm. 37], 101–108).

⁵⁵ Diese Sicht teilt auch HAENDLER, IM »Heinz Graf« (s. Anm. 54), 105.

war seine Außenseiterrolle wie im Falle Müllers bereits den Zeitgenossen innerhalb von Theologie und Kirche bekannt. Neben der Parteilichkeit scheint Wendelborns innerkirchliche Isolation zu seiner konspirativen Tätigkeit beigetragen zu haben, denn das MfS spielte in Gestalt des Führungsoffiziers die Rolle eines Gesprächspartners.

Sowohl bei Müller als auch bei Wendelborn war das Hauptmotiv für die geheimpolizeiliche Arbeit aber ein politisches. Bei Müller kam das kirchenpolitische und theologische Ziel hinzu, mit einer eigenartigen, an Dietrich Bonhoeffer angelehnten Theologie die Kirche als Machtfaktor auszuschalten, ein Ansatz, der der SED als »Waffe« im Kalten Krieg diente. Wendelborn und Müller haben sich nach der friedlichen Revolution des Jahres 1989 aus dem politischen Leben nicht zurückgezogen. Sie engagierten sich für die PDS oder ihr nahe stehende Gruppierungen und für ein linkes und pazifistisches Christentum, das sich bereits in der DDR bewährt habe⁵⁶ – Beispiel für einen, wenn man so will, konsequent durchgehaltenen sozialetischen Ansatz.

4. *Der Patient.* Wie bereits im Falle Wendelborns angedeutet, übernahmen psychologisch geschulte MfS-Offiziere auch die seelsorgerliche Betreuung ihrer IM als Klienten, wenn diese innerhalb der Kirchen nicht in Verhältnissen verankert waren, in denen sie anderen vertrauten. Aus der Thüringer Landeskirche ist der Fall eines Pfarrers bekannt, der in seiner Studienzeit als IM geworben wurde und bei der Zerschlagung eines oppositionellen Studentenkreises mit mehreren Verhaftungen mitwirkte⁵⁷. Diese Kollaboration führte zu einer engen Bindung an den Führungsoffizier, der der einzige Mitwisser der Aktion war und daher der einzige vertrauliche Gesprächspartner sein konnte.

Was einen Leipziger Theologiestudenten allerdings dazu veranlasste, während seiner langjährigen IM-Arbeit seinen Zimmergenossen und mehrere andere Studenten zu bespitzeln und 1961/62 prozessrelevantes Material bereitzustellen, das zu mehrjährigen Haftstrafen führte, liegt im Bereich des Psychopathologischen und geht über Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber MfS-Offizieren hinaus⁵⁸.

⁵⁶ Vgl. F.-M. BALZER/CH. STAPPENBECK (Hg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahren »Darmstädter Wort«, 1997, mit Beiträgen unter anderem von Hanfried Müller, Gert Wendelborn, Heinrich Fink und Karl Kleinschmidt.

⁵⁷ Gemeint ist der im Rahmen des OV »Linol« (BStU, ASt Gera, AOP 397/71) geworbene IMB »Bartholomäus Runge« der Kreisdienststelle (KD) Jena (Reg.-Nr. X 645/69); vgl. auch SCHILLING (s. Anm. 30), 249. Auf die zuweilen seelsorgerliche oder psychotherapeutische Funktion von Stasioffizieren für die von ihnen geführten IM weist auch PLANER-FRIEDRICH (s. Anm. 24), 51f hin. Einige Fälle, in denen Pfarrer gegenüber MfS-Offizieren seelsorgerlich tätig wurden, nennt WEISPFENNING (s. Anm. 23), 50f.

⁵⁸ Der IM »Stern« (Manfred Potschka, *1937) (BStU, ZA, AIM 10843/87), vgl.

5. *Der Erpresste*. Eine häufig vertretene Meinung über die Verflechtung in die inoffizielle Mitarbeit beim MfS ist die Unterstellung, die Betroffenen seien auf Grund politischer, persönlicher oder gar krimineller Umstände zu einer solchen Zusammenarbeit gezwungen worden. Auf diese Weise ist das Faktum der inoffiziellen Mitarbeit gesellschaftlich vielfach entschuldigt, bagatellisiert und auf eine »menschlich« verständliche Ebene gebracht worden. Die Motivlage der Erpressung ist jedoch nur äußerst selten anzutreffen, im Bereich der Theologischen Fakultäten existieren lediglich Einzelfälle. Das MfS hatte kein Interesse an Informanten, die lediglich aus einer Zwangssituation heraus in ihrem Informationsgehalt unsichere Bringendienste leisteten. Inoffizielle Mitarbeiter aus dem theologischen Bereich etwa, die in den 1950er Jahren auf Grund ihrer nationalsozialistischen und deutsch-christlichen Vergangenheit belastet waren und zur Mitarbeit erpresst wurden, wie die beiden Neutestamentler Walter Grundmann (1906–1967, GI »Berg«) und Erich Fascher (1897–1978, GI »Fred«), hatten sich »operativ« vergleichsweise zudem als wenig effektiv erwiesen⁵⁹. Vielmehr lag den Offizieren daran, IM zu führen, die »positive« Motive wie Parteilichkeit oder Karriere hatten. Nichtsdestoweniger tritt das Phänomen »Wiedergutmachung«⁶⁰ auch im kirchlichen Bereich auf, und zwar meist dann, wenn die Betroffenen als IM »operative« Felder abdecken sollten, in die das MfS sonst keinerlei Einblick hatte. Oftmals waren solche Anwerbungen mit moralischen Nonkonformitäten oder gar strafrelevantem Verhalten verbunden, das die Betroffenen in Notlagen bringen konnte. So ist der Fall eines Theologiestudenten gelagert, der Mitte der 1960er Jahre wegen »Erregung öffentlichen Ärgernisses« (vermutlich Exhibitionismus) als Informant zur Aufdeckung der einschlägigen Szene zunächst Inoffizieller Mitarbeiter der Kriminalpolizei und nach Tatwiederholung und aus kirchenpolitischem Interesse Inoffizieller Mitarbeiter des MfS wurde⁶¹. In kurzer Zeit entwickelte er sich zum wichtigsten Zuträger an einer mitteldeutschen Fakultät und geriet in ein Abhängigkeitsverhältnis zum MfS, aus dem er sich nicht befreien konnte. Er berichtete detailliert und handschriftlich, von Persönlichkeitsprofilen und Intimverhältnissen in Kirche und Universität angefangen, bis hin zu Protokollen über eigentlich ver-

STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 321f. Zur Zerschlagung der genannten Studentengruppe im Zuge des OV »Holzwurm« vgl. aaO 499–511.

⁵⁹ Vgl. zu »Berg« BStU, ZA, AIM 2455/69; zu »Fred« BStU, ZA, AIM 2849/59; STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 143f. 160f. 699–704 (Bericht über die Anwerbung Faschers).

⁶⁰ Die Durchsicht der 1992 von der »Bild«-Zeitung Halle veröffentlichten Listen der in den 1980er Jahren für die BVfS (Bezirksverwaltung für Sicherheit) Halle tätigen IM, die auch das für das MfS amtliche Tätigkeitsmotiv benennt, zeigt nur in wenigen Fällen die Anwerbung von IM aus dem kirchlichen Bereich aus Gründen der »Wiedergutmachung« (vgl. »Bild«-Zeitung Halle, 20.–28.7.1992).

⁶¹ Der IM »Peter Stein« (BStU, ASt Halle, AIM 1189/73).

botene Treffen mit westdeutschen Studenten und Assistenten. Da er als Theologe anerkannt war und kurz nach seinem Studium Assistent wurde, plante das MfS, ihn in eine Dozentur oder Professur zu bringen. Kurz bevor er jedoch Dozent an einer Kirchlichen Hochschule werden sollte, reiste er mit Genehmigung des MfS, das sich den Akten nach zu urteilen tatsächlich seiner sicher war, in den Westen und kehrte nicht wieder zurück. Nur so konnte er sich offenbar dem Druck entziehen, dem er sich durch immer größere Tabubrüche in seiner Berichterstattung gebeugt hatte.

Einige andere Fälle von Anwerbung setzten bei der Homosexualität von Menschen an, die mit dem § 175 des Strafgesetzbuches strafrechtlich verfolgt werden konnte, bei »moralischen« Verfehlungen in Ehen oder bei Nonkonformitäten, die im jeweiligen Milieu geächtet waren und daher verheimlicht wurden⁶². Die Konspiration zu durchbrechen war in solchen »moralischen« Fällen für die Inoffiziellen Mitarbeiter äußerst schwer. Einem vorgesetzten Professor, Superintendenten oder Bischof eine geplante Republikflucht oder einen kriminellen Fehltritt zu berichten, den das MfS als Erpressungsgrund nutzte, schien leichter zu sein als das Eingeständnis von Pädophilie, Homosexualität oder auch ehelicher Unregelmäßigkeiten. Gesellschaftlich-kirchliche Normen konnten hier zur Isolierung führen und machten es solchen Personen schwer, sich aus der Bindung an das MfS zu befreien, das ethisch-moralische Sachverhalte, wenn nicht zur Anwerbung, dann aber zur innerkirchlichen Desavouierung der betreffenden Personen nutzen konnte.

Auch die Anwerbung von Soldaten ist zu nennen, deren psychische Labilität bei der Nationalen Volksarmee (NVA) festgestellt und mit Verweigerung von »Ausgängen«, Urlauben und anderen für die NVA typischen Disziplinierungsmechanismen forciert wurde, bis die Betroffenen zur Bspitzelung bereit waren⁶³. Aber auch hier gilt, dass in der Regel nur sozial isolierte Personen angeworben wurden, mit deren konspirativem Verhalten gerechnet werden konnte.

6. *Der Taktiker.* Weil es zwischen den Repräsentanten des Staates und der Kirche kein wirkliches Vertrauensverhältnis gab, staatliche und parteiinterne Entscheidungsvorgänge nicht geprüft oder nachvollzogen werden konnten und die eigentlichen Machthaber im Parteiapparat für Gespräche und Verhandlungen selten zur Verfügung standen, wurde das MfS in der informationskontrollierten DDR-Gesellschaft zum eigentlichen Machtträger, zum »Staat im Staate« stilisiert. Das ist eine Funktionszuweisung, die sich im Nachhinein als unzutreffend herausgestellt hat, denn die eigentliche Macht lag ganz eindeutig bei der

⁶² Vgl. beispielsweise IMS (Inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit) »Lehmann« (BStU, ASt Rostock, AIM 4272/90) und IM »Student« (BStU, ZA AIM 8939/91).

⁶³ Vgl. IM »Frieder Berg« (BStU, ASt Halle, Reg.-Nr. VIII 3176/89).

Partei selbst⁶⁴. Dennoch sind viele Funktions- und Amtsträger in Kirche und Gesellschaft dieser unterstellten Bedeutung des MfS erlegen. Was sollte es für einen Sinn haben, mit offiziellen Regierungsstellen wie dem Staatssekretär für Kirchenfragen oder nachgeordneten Mitarbeitern der Räte der Bezirke zu verhandeln, wenn die eigentliche Machtbefugnis und Kompetenz beim MfS zu liegen schien? Diese Vermutung nutzte das MfS für sich aus und warb Inoffizielle Mitarbeiter genau unter diesem Kalkül an, nämlich sicherheits- und kirchenpolitische Fragen reibungsloser lösen zu können als offizielle staatliche Stellen. Die betreffenden Personen gelangten so in der Überzeugung, lediglich für eine günstigere Arbeitsatmosphäre zu sorgen, nolens volens in den unüberschaubaren Sicherheitsapparat. Dass sie als IM registriert wurden, mag manchen von ihnen tatsächlich ebenso wenig bewusst gewesen sein wie die Wege, die ihre – ihrer eigenen Ansicht nach spärlichen und gezielten – Informationen über Personen und Zusammenhänge innerhalb des Sicherheitsapparates gingen. Die Führungsoffiziere reflektierten die Motivlagen und den »operativen« Wert der Kontakte in den Personalakten der Inoffiziellen Mitarbeiter regelmäßig, denn ohne relevante Informationen hielt das MfS die Verbindung nicht dauerhaft aufrecht. Wenn eine Zusammenarbeit als ineffizient befunden wurde, weil zu wenig Informationen heraussprangen, verfügte die Leitung der entsprechenden Dienststelle nach mehrmaliger Prüfung, sie einzustellen.

Im Verhalten des »Taktikers« kam es zu vielen Missverständnissen, aber oft auch zu großer Selbstüberschätzung. Unter Theologen ist eine gewisse »pastorale Naivität« anzutreffen, die davon ausging, man könne einen – im Einzelfall durch die Person eines Offiziers vertretenen – mutmaßlich allwissenden Sicherheitsdienst im Griff haben, indem man mit ihm Händel trieb, ohne die Übersicht zu verlieren⁶⁵. Häufig gelangte das MfS aber gerade durch solche Intentionen überhaupt erst zu einer Einblicksmöglichkeit. So war es in Halle, wo es 20 Jahre lang keinen Inoffiziellen Mitarbeiter im theologischen Lehrkörper gegeben hatte, bis in den 1970er Jahren die Meinung entstand, der Direktor einer Sektion Theologie müsse eben auch mit dem MfS verhandeln⁶⁶. Die Akten der

⁶⁴ Vgl. VOLLNHALS, Abteilung (s. Anm. 13), 79; K.-W. FRICKE, Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED-Diktatur – Kontinuität und Wandel (in: Deutscher Bundestag [Hg.], Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« [12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages], Bd. VIII, 1995, 7–19).

⁶⁵ Auf Harmoniebedürfnis und Konfliktvermeidung als Motive kirchlicher Mitarbeiter für Gespräche und auch eine weitergehende Zusammenarbeit mit dem MfS verweist PLANER-FRIEDRICH (s. Anm. 24), 50f.

⁶⁶ Der 1971 nach Halle berufene Neutestamentler Traugott Holtz (BStU, ASt Halle, AIM 3452/89) war hier nachweislich das erste Mitglied des theologischen Lehrkörpers, das Kontakte zum MfS offenbar für unausweichlich hielt. Bis dahin hatte das MfS in der Mitarbeiterschaft nur mit dem Assistenten IM »Peter Stein« (vgl. Anm. 61), dem Altphi-

betreffenden IM, die in manchen Fällen keinesfalls Affinitäten zum Sozialismus der DDR hatten, sind in ihrer Qualität ganz anders zu beurteilen als die der oben beschriebenen Typen. Oftmals enthalten sie keine auf den ersten Blick für das MfS nützlichen Hinweise auf politische Konflikte, die den jeweiligen Personen aufgrund ihrer Position bekannt gewesen sein müssen. Ein Beispiel: Auf die Frage eines MfS-Offiziers nach dem Profil einer Studentin, die durch eine politisch oppositionelle Handlung aufgefallen war, antwortete der Hallesche Neustamentler Traugott Holtz (1931–2007), die Studentin sei »nicht nur nicht intelligent, sondern sogar dumm. [...] Sie hänge sich nur in solche Sache hinein, um interessant zu erscheinen und sich in den Mittelpunkt zu stellen«⁶⁷. Ziel dieser Charakterisierung dürfte es gewesen sein, den Fall als adoleszenten Akt herunterzuspielen und ihn so zu infantilisieren. Allerdings war es (wenn MfS und Universitätsleitung solche Informationen »operativ« umsetzten) auch möglich, dass es zu einer nicht bestandenen Prüfung, dadurch zur Exmatrikulation, oder zur zielgerichteten Isolierung innerhalb der Seminargruppe kam. Einige Vorfälle dieser Art sind bekannt; sie zeigen, dass die Äußerungen der IM zu offenbar ganz unbeabsichtigten Folgen führen konnte⁶⁸.

Kontrovers wie kaum ein anderer Vorgang ist in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit über den IM »Sekretär« diskutiert worden, der nach eigenem Verständnis und nach kirchlichem Urteil zwar nicht auf die Seite des MfS überwechselte, aber aus eigener Entscheidung und ohne kirchliches Mandat Geheimdiplomatie trieb und so an der Macht partizipierte⁶⁹. Durch den politischen

ologen Heinz Berthold (*1927, IMS »Dr. Krause« [BStU, ASt Halle, AIM VIII 942/70]) sowie mit dem Lehrbeauftragten für Marxismus-Leninismus Werner Prokoph (1923–2000, GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit) »Kurt« [BStU, ASt Halle, AGMS 1447/83]) zusammengearbeitet. Mit Holtz gelangte offenbar die Ansicht nach Halle, die Zusammenarbeit der Sektionsleitung mit dem MfS sei notwendig. Der ab 1972 amtierende Sektionsdirektor führte in seiner Funktion Gespräche mit dem MfS, brach nach Ende der Amtszeit aber die Verbindung von sich aus ab; vgl. BStU, ASt Halle, AIM 314/81.

⁶⁷ Vgl. Bericht Oberleutnant Weißes vom 18.1.1983 über das Treffen mit »Prof. Baum« (BStU, ASt Halle, AIM 3452/89, A2, Bl. 276). Zu weiteren Beispielen für die Bagatellisierung und Infantilisierung von Konflikten vgl. STENGEL, Rolle (s. Anm. 27), 64f.

⁶⁸ Zu einigen Fällen der Vermischung von Leistungsbewertung und politischem Verhalten vgl. STENGEL, Rolle (s. Anm. 27), 75.

⁶⁹ Vgl. G. NOOKE, Die politische Bedeutung des Falls Stolpe (in: T. HOLLITZER [Hg.], Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, 1996, 120–131); Beschluß der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zum Vorermittlungsverfahren Dr. Manfred Stolpe vom 31. März 1995 (in: VOLLNHALS, Kirchenpolitik [s. Anm. 12], 207–210); Landtag Brandenburg (Hg.), Debatte zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschuß 1/3 des Landtages: »Aufklärung der früheren Kontakte des Minister-

Umgang mit dem Fall Manfred Stolpe (*1936) sind vielen »echten« IM legitimierende Argumente für die Notwendigkeit oder sogar moralische Verpflichtung einer Zusammenarbeit mit dem MfS in die Hand gegeben worden. Der gesellschaftlich-kirchliche Diskurs über Formen, Ethik und Grenzen inoffizieller Tätigkeit kirchlicher Angestellter für das MfS ist – auch – dadurch schon seit langem erheblich polarisiert.

Die Darstellung der bisher genannten sechs Typen konspirativer Zusammenarbeit mit dem MfS hat gezeigt, dass die Kooperation mit dieser Geheimpolizei jeweils auch Ausdruck einer nicht stattfindenden Kommunikation der betreffenden Personen in den kirchlichen oder kollegialen Zusammenhängen war. Konspiration und Authentizität in der Kommunikation schließen einander aus. Dies zeigt, dass ethisches Handeln nicht nur aus Glaubensüberzeugungen und Wertvorstellungen einzelner resultiert, sondern im kommunikativen Kontext und im kommunitären Rahmen stattfindet. Ethisches Handeln braucht auch Absprache und Übereinkunft. Ein Beispiel sind Bischofsanweisungen, MfS-Kontakte innerkirchlich zu offenbaren und konspirative Situationen von vornherein zu umgehen⁷⁰. Dies hat auch in manchen kirchlichen Gruppen funktioniert, wo das MfS wegen der gruppeninternen Offenheit keine IM installieren konnte.

7. *Der Ideologe*. Er ist auch Karrierist, Parteigänger und Taktiker, verfügt aber, wie Kurt Meier, über ein ideologisches Konzept, das seine persönlichen theologischen Entscheidungen mit seinem Forschungsfeld verknüpft. Bereits Meiers Dissertation über die Deutschen Christen (DC) im Nationalsozialismus⁷¹ war innerhalb der SED, aber auch seitens einiger ehemaliger Mitglieder der Bekennenden Kirche (BK), die – wie etwa der Berliner Systematiker Heinrich Vogel – selbst politischen Repressionen ausgesetzt gewesen waren, in die Kritik geraten⁷². Meier wurde vorgeworfen, zu viel Verständnis, ja sogar »Mitleid« für die

präsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organisationen des Staatsapparates der DDR, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe«. Wortprotokoll der Plenarsitzung vom 16. Juni 1994; SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (Hg.), Der Bericht. Der Stolpe-Untersuchungsausschuß. Ergebnisse, Analysen, Argumente, 1994.

⁷⁰ Vgl. etwa 29. Rundschreiben Landesbischof Werner Leichs an die Mitarbeiter der Evang.-Luth. Landeskirche in Thüringen vom 9. Januar 1992 (in: Informations- und Dokumentationsstelle der EKD [Hg.], Informationen und Texte Nr. 6: Recht und Versöhnung, II: Texte aus den Kirchen zum Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit. Staatssicherheitsproblematik, 1992, 41).

⁷¹ K. MEIER, Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Kirchenkampf des Dritten Reiches, (1964) 1967³.

⁷² Zu diesem Konflikt, der ab den 1960er Jahren in eine dauerhaften Auseinandersetzung zwischen Meier und dem Berliner Theologenehepaar Müller/Müller-Streisand

Deutschen Christen zu zeigen und sich nicht auf die Seite der Bekennenden Kirche stellen. 1960 legte Meier seine Thesen auf einer Aspirantentagung der Theologischen Fakultäten vor und leitete von seinen Forschungen eine Theorie ab: Die DC hätten »nur eine falsche Synthese von Christentum und politischer Ideologie« versucht; heute, unter den politischen Verhältnissen der DDR, komme es hingegen darauf an, eine »richtige Synthese von Christentum und politischer Ideologie« zu suchen. Von den anwesenden ehemaligen Mitgliedern der Bekennenden Kirche und anderen wurde Meier daraufhin so scharf angegriffen, dass er sogar eine Strafanzeige erwog⁷³.

Die von Meier vorgenommene kirchenpolitische »Aktualisierung« seiner Forschungsarbeit im Sinne einer Synthese zwischen dem Christentum und dem Sozialismus in der DDR erklärt einerseits, warum Emil Fuchs, der als ehemals führender Religiöser Sozialist im Nationalsozialismus scharfer Gegner der Deutschen Christen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen war, sich immer wieder hinter Meier stellte. Andererseits gab Meier hiermit offenbar selbst den Anstoß dafür, dass – im Sinne der DDR – »fortschrittliche« Christen, besonders im Umfeld der Ost-CDU und des Religiösen Sozialismus Fuchsscher Prägung, als »rote DC« bezeichnet wurden. Diese Figur wurde von einem der schärfsten Gegner Meiers, dem Berliner Systematiker Hanfried Müller ins Feld geführt: Die CDU-Theologen in der DDR, meinte Müller 1969, würden Gefahr laufen, in den gleichen Fehler zu verfallen wie die Deutschen Christen in der Nazi-Zeit; sie leiteten ihren Glauben nicht vom »Wort Gottes, sondern von der Welt« ab. Der synkretistische »Mithraskult« der CDU werde »noch lange Verwirrung stiften«; die Theologie von Emil Fuchs – und unausgesprochen: seiner Schüler in Leipzig – sei ein typischer Fall von »ideologischer Koexistenz«⁷⁴.

Meiers »Umpolung« der Intention der Deutschen Christen in die politischen Verhältnisse der DDR und Müllers Antwort, die in einer diastatischen Auslegung der Zwei-Reiche-Lehre und der hieraus abgeleiteten Orientierung nicht an der CDU, sondern am Marxismus-Leninismus und an der SED bestand, führte zu jahrzehntelang dauernden Konflikten innerhalb der Ostberliner Fakultät und zwischen den – im Sinne der DDR – »fortschrittlichen« Leipzigern und den »fortschrittlichen« Berlinern. Sie prägte die Universitätstheologie in der DDR nicht unwesentlich⁷⁵.

Meiers Forderung nach einer »richtigen Synthese« zwischen Christentum und Ideologie gegen den Irrweg der deutschen Christen entsprach sein persön-

mündete, vgl. STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 363f u.ö.; BRÄUER/VOLLNHALS (s. Anm. 41), 75–77, 361; G. BESIER, Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom »Dritten Weg«, 1995, 552–555.

⁷³ Vgl. STENDEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 363f.

⁷⁴ Vgl. aaO 382.

⁷⁵ Vgl. aaO 158–177. 361–378 u.ö.

liches Arrangement mit den Verhältnissen in der DDR, wie das Zitat zu Beginn dieses Aufsatzes zeigt. Zunächst machte er aufgrund seiner Schülerschaft bei Emil Fuchs akademische Karriere, beförderte sie durch konspirative Kontakte zum ZK der SED und zum MfS als IM »Werner« und wirkte bei der Ausschaltung von Fachkonkurrenten mit⁷⁶. Dann erhielt er mit Unterstützung des MfS den Zugang zu den Archiven in und außerhalb der DDR, der vielen anderen Forschern verwehrt blieb, und legte so die Basis für seine umfangreichen Werke⁷⁷. Als Gegenleistung erbrachte er dem MfS Personeneinschätzungen, strafrechtlich relevante Hinweise über Kollegen und Studenten, Analysen kirchenpolitischer und auch theologischer Zusammenhänge bis hin zu entsprechenden Konzepten, die er auf zahlreichen Seiten mit Schreibmaschine schrieb und oft mit »W.« für »Werner« unterzeichnete. Nachdem dieses alles offenbar wurde, nennt er es aus kirchen- und fakultätspolitischen Gründen notwendig und im Interesse der »Abfederung [!] der Wissenschaftsorganisation«, »wichtig«, »üblich« und »relevant«⁷⁸, da die SED andernfalls keine Einflussmöglichkeiten gehabt und die Kirchen vielleicht ausgeschaltet hätte.

Meiers Selbstzeugnis, das seine IM-Tätigkeit nicht etwa bagatellisiert oder mit der sonst häufigen Argumentationsfigur abschwächt, »ja niemandem geschadet« zu haben, sondern sie in vollem Umfang als in den herrschenden Zuständen nötig und selbstverständlich legitimiert, dürfte für den kirchlich-theologischen Raum ein nahezu singuläres Phänomen sein. Es ist aber damit zu rechnen, dass diese Rechtfertigung eines vorgeblich nicht nur verantwortbaren, sondern auch notwendigen Arrangements in und mit einer Diktatur ohne jedes Eingeständnis möglicher Schuld oder zu weit gehender Kompromisse sehr verbreitet ist.

Zwar gibt es in der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung verschiedene Ansichten darüber, inwieweit die (in sich ziemlich disparaten) Deutschen Christen

⁷⁶ Vgl. BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92; STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 361–378 u. ö.: hier eine ausführliche Darstellung der Rolle Meiers in der Leipziger Fakultätsgeschichte. Zu seiner Rolle bei den zum Teil verhinderten oder beeinträchtigten akademischen Laufbahnen von Helmar Junghans (»den politisch nicht positiven Absolventen«, so IM »Werner«) und Ingetraut Ludolph schreibt Meier in seiner Autobiographie auch dort nichts, wo er die Namen nennt, ebenso wenig zur Mitwirkung der Partei und des MfS bei seiner eigenen Berufungsgeschichte, die er ansonsten ausführlich referiert; vgl. MEIER, Kirche und Drittes Reich (s. Anm. 2), 177f. 180.

⁷⁷ Vgl. beispielsweise die Treffeinschätzung des FIM (hauptamtlicher Führungs-IM) »Rolf Sandner«, 1.4.78 (BStU, ASt Leipzig, AIM 3435/92, II1, Bl. 386f); BESIER, Vision (s. Anm. 72), 549f. In seinem eigenen Bericht nennt Meier nicht die Instanzen, die ihm und, durch seine Vermittlung, westdeutschen Wissenschaftlern den Weg in gesperrte Archive in der DDR ermöglicht haben, betont aber seine eigene Hilfestellung. Vgl. MEIER, Kirche und Drittes Reich (s. Anm. 2), z. B. 189. 196: er habe »erfolgreich ein gutes Wort« eingelegt.

⁷⁸ Siehe oben, Zitat bei Anm. 4.

als Anpassungsbewegung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat oder als Synthese zwischen Christentum und nationalsozialistischer Ideologie zu bewerten sind. Meiers autobiographische Selbstdeutung von 1999, seine programmatische Forderung von 1960 und seine politische Biographie in der DDR enthalten aber den Transfer beider Sichtweisen. Neben der Forderung einer »richtigen«, nun auf die Ideologie des Sozialismus abzielenden Synthese stand sein persönliches »Engagement« in der DDR, das er im Nachhinein als »Abfederung« und Sicherungsmaßnahme im Interesse der Existenz von Kirche und Theologie in der DDR qualifiziert. Ideologie und angepasstes Handeln greifen ineinander.

Die Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeit Meiers als solcher ist der Fachdiskussion zu überlassen. Sie schwankt derzeit zwischen der Würdigung dessen, dass diese Arbeit gegenüber der sogenannten »Siegerhistoriographie«⁷⁹ mancher Vertreter der Bekennenden Kirche eine differenziertere Sicht der Deutschen Christen ermöglicht und der Versachlichung der Diskussion über ihre Rolle im Dritten Reich gedient hat⁸⁰, und der Kritik an der »relativierenden Objektivierung«⁸¹ von Meiers Darstellung. Wie aber ist mit einem Werk umzugehen, von dem bekannt ist, wie die gewaltige Quellenpräsentation zustande gekommen ist und auf welche Weise Meier seinen Untersuchungsgegenständen zugleich die Legitimation seines eigenen Verhaltens in einem diktatorischen Staatswesen entnommen hat? Wird das zur *quantité négligable*, indem die Funktion ignoriert wird, die dieser Geschichtsschreibung beigemessen wurde, als sie entstand? Hatte diese Funktionszuschreibung keinen Einfluss darauf, wie die Deutschen Christen in Meiers Werk präsentiert werden? Welche Legitimationsmechanismen einer ethisch tief problematischen Anpassung

⁷⁹ Vgl. UEBERSCHÄR, »Kirchenkampf« (s. Anm. 17).

⁸⁰ Meier hat in seiner autobiographischen Darstellung selbst zahlreiche Rezensionen zusammengetragen, vgl. MEIER, Kirche und Drittes Reich (s. Anm. 2), 184–187. 195–200.

⁸¹ Darin bestand einer der Vorwürfe von 1960. Schlug sich Meiers Abwehr der Angriffe auf seine Arbeit von Seiten ehemaliger Mitglieder oder Anhänger der Bekennenden Kirche etwa darin nieder, dass er bis hin zu seinem Buch über die theologischen Fakultäten im Dritten Reich (1996) nur von der »Bekennntnisfront« spricht, »rätselhafterweise«, wie Christoph Marksches angemerkt hat, ohne versachlichende (und distanzierende) Führungszeichen und bei direkter Übernahme der in der NS-Zeit üblichen Terminologie? Bezieht man den Kontext von Meiers eigener wissenschaftlicher Biographie ein, scheint sich dieses Rätsel aufzulösen. Vgl. Theologie im totalitären Staat. Christoph Marksches zu Kurt Meiers neuer Darstellung über die evangelisch-theologischen Fakultäten von 1933–1945 (in: Glaube und Heimat, Nr. 33, 18.8.1996, 5). Meier selbst subsumiert diese Beanstandungen in seiner Autobiographie unter »terminologische[r] Beckmesserei«; vgl. MEIER, Kirche und Drittes Reich (s. Anm. 2), 199.

an eine diktatorische Macht wirken hier weiter, indem das Fragen danach selbst in ein fragwürdiges Licht gerückt wird?

Wenn die zeitgeschichtliche Forschung sich mit der staatlichen Machtausübung gegenüber der Kirche und den Theologen an den Universitäten der DDR sowie gegenüber denen, derer sich das MfS bedient hat, beschäftigt, rekonstruiert sie den historischen Kontext, auf den sich diese Fragen richten. Sie will nicht über Personen richten. Aber sie hat es offen zu legen, wenn ein wissenschaftliches Werk von unterschiedlich zu beurteilendem Wert mit der Legitimation einer politischen Praxis verbunden wird, die nur der Befestigung diktatorischer Verhältnisse und niemals ihrer Überwindung gedient hat.

Schluss

Ich will nicht schließen, ohne die Behauptung der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Theologen mit dem MfS noch mit zwei Gegenbeispielen zu entkräften. Meines Wissens gibt es derzeit keine Statistik darüber, wie viele Menschen sich in allen untersuchungsrelevanten Gruppen – Studenten, Professoren und Dozenten, Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter – der Zusammenarbeit mit dem MfS verweigert haben. Es ließen sich aber zahlreiche Beispiele nennen. Für Verweigerungen wurden Gewissensgründe angeführt oder die Gebundenheit an kirchliche Dienstanweisungen, die ja vorhanden waren⁸². Der Leipziger Praktische Theologe Gottfried Kretzschmar (1933–2001), der auf Grund seines politischen Engagements für die DDR in den 1960er und 1970er Jahren eine akademische Blitzkarriere machte, lehnte z. B. eine Werbung durch das MfS aus Gewissensgründen ab⁸³. Und der Jenaer Religiöse Sozialist und Praktische Theologe Erich Hertzsch (1902–1995), der als früheres SPD-Mitglied bis 1952 sogar Mitglied der SED war, zeitweilig der Thüringer Landtagsfraktion der Partei angehörte und an seiner sozialistischen Grundüberzeugung keinen Zweifel aufkommen ließ, komplimentierte 1955 zwei MfS-Mitarbeiter nicht nur auf ganz subtile Weise aus seiner Wohnung heraus⁸⁴, sondern warnte später auch seine Studenten vor einschlägigen Werbungsversuchen. Wer sich beharrlich weigerte, wurde durch das MfS in der Regel nicht weiter behelligt, um die eigene Konspiration nicht zu gefährden. Ebenso beendeten die Offiziere sofort die Zusammenarbeit im Falle bekannt gewordener Dekonspirationen in Grup-

⁸² Zu den kirchenrechtlichen Rahmenbedingungen besonders hinsichtlich der Dienstverschwiegenheit vgl. SCHULTZE / GROSSE / WINTER (s. Anm. 29), 5f.

⁸³ Vgl. BStU, ASt Leipzig, AIM (Vorlauf) 3333/64; vgl. auch STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 613–616.

⁸⁴ Vgl. BStU, ASt Gera, AIM (Vorlauf) 531/86, Bl. 41f; STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 698f.

pen oder gegenüber Vorgesetzten. Wo die Öffentlichkeit gesucht wurde, hatte Konspiration keinen Platz. Auch im akademischen Bereich hat es Verweigerungen und Dekonspirationen gegeben, ohne dass den Betroffenen Nachteile daraus erwachsen wären⁸⁵.

Galt in den genannten Fällen die persönliche Integrität und kommunikative Offenheit als moralische Kategorie bereits mehr als die Ängste vor möglichen Repressionen oder die Verlockung der Partizipation an der Macht, so traf dies noch mehr auf die zu, die bewusst in Opposition zur Staatsmacht der DDR traten. Das brachte ihnen je nach der Intensität ihres oppositionellen Engagements⁸⁶ schwere Beeinträchtigungen in Ausbildung und Beruf, bis hin zu Haftstrafen, und gegen Ende der DDR auch die Ausbürgerung oder die erzwungene Ausreise ein⁸⁷. Legitimationsstrategien der Konspiration mit der sozialistischen Staatsmacht, wie die hier dargestellte, unterstellen diesen Akteuren stillschweigend, die »Unerlässlichkeit« und »Notwendigkeit« eben dieser Konspiration nicht erkannt und dadurch die Existenz von Kirche und Theologie in der DDR aufs Spiel gesetzt zu haben. Sie werden dadurch noch im Nachhinein zu nicht anpassungsfähigen, eigentlich »gefährlichen« politischen »Schwärmern« gemacht; die in der DDR-Zeit üblichen Deutungsmuster und Zuschreibungen bleiben auf diese Weise am Leben. Es ist erkennbar, wie langfristig solche Strategien die Wahrnehmung des diktatorischen Systems der DDR insgesamt beeinflussen können.

Schließlich bleibt im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Historiographie und Politik im Falle Kurt Meiers die Frage auch an heutige Kirchenhistoriker, von welchem historischen Ort aus, in welchen Frontstellungen und mit welchen Zielen theologische Geschichtswissenschaft betrieben wird. Dass die historisch-theologische Arbeit nur innerhalb konkreter Kontexte und nicht in außerdiskursiven Räumen vollzogen werden kann, ist unbestreitbar. Diese Kontextualität im Blick auf Forschungsvoraussetzungen und Forschungsziele stets neu zu reflektieren und offen zu legen, bleibt Aufgabe – nicht nur – der Kirchlichen Zeitgeschichte.

⁸⁵ Vgl. STENGEL, Fakultäten (s. Anm. 5), 145f. 324 sowie zu Beispielen aus der Thüringer Pfarrerschaft: WEISPFENNING (s. Anm. 23), 14–16.

⁸⁶ Zu verschiedenen Stufenmodellen von politischer Gegnerschaft vgl. E. NEUBERT, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2000², 25–33.

⁸⁷ Vgl. als bisher ausführlichste, allerdings eigentlich auf die letzten beiden Jahrzehnte der DDR konzentrierte und sehr stark vom persönlichen Erfahrungshorizont des Verfassers ausgehende Studie: NEUBERT (s. Anm. 86). Zu den politischen Konflikten an den Sektionen Theologie in den 1980er Jahren vgl. STENGEL, Rolle (s. Anm. 27).

Summary

The Ministry of State Security (MfS) of the former German Democratic Republic (GDR) tried to exert conspirative and political influence, particularly on the church and theological faculties. The article develops a typology of unofficial employees of the MfS, putting their conspirative activity into the context of the political circumstances in the GDR. This is done using the example of the Leipzig church historian Kurt Meier, focusing on the relationship between the objective of science and politics.